

# Insolvenzen Neugründungen Löschungen

Jahr 2004

Eine Untersuchung zur  
Unternehmensentwicklung  
der Creditreform Wirtschafts-  
und Konjunkturforschung

## INHALT

## SEITE

<b>1</b>	<b>Insolvenzen</b>	<b>1</b>
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2004	1
1.2	Private Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen	3
1.3	Insolvenzen im konjunkturellen Umfeld	7
1.4	Insolvenzen und die Schäden	14
1.5	Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen	16
1.6	Insolvenzgründe	18
1.7	Große Firmeninsolvenzen	22
<b>2</b>	<b>Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen</b>	<b>25</b>
2.1	Gründungsbilanz	25
2.2	Parameter des Gründungsgeschehens	32
<b>3</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>36</b>

■ **1 Insolvenzen**  
**1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2004**

39.600 Unternehmen gehen im Jahr 2004 in die Insolvenz. Das entspricht einem Anstieg von 0,3 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr (39.470). Anders als es sich in der ersten Jahreshälfte angedeutet hatte, ist der Gipfel der Unternehmenszusammenbrüche noch immer nicht erreicht und eine Trendwende nicht in Sicht.

Insgesamt steigt die Zahl aller Insolvenzen deutlich um 15,3 Prozent oder 15.000 Fälle auf 115.700 betroffene Unternehmen, Privatpersonen und Nachlässe (2003: 100.350). Getragen wird dieser Anstieg vom ungebrochenen Boom der Privatinsolvenzen: Allein 45.900 Verbraucher streben die Restschuldbefreiung an und stellen zu diesem Zweck einen Insolvenzantrag – 37,0 Prozent mehr als im vergangenen Jahr (33.510). Die „sonstigen“ Insolvenzen, die sich aus den Anträgen von ehemals Selbstständigen, sowie überschuldeten Nachlässen, Stiftungen und Vereinen zusammensetzen, steigen um 10,3 Prozent auf nunmehr 30.200 Fälle.

**Boom der Privatinsolvenzen**

**Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland**

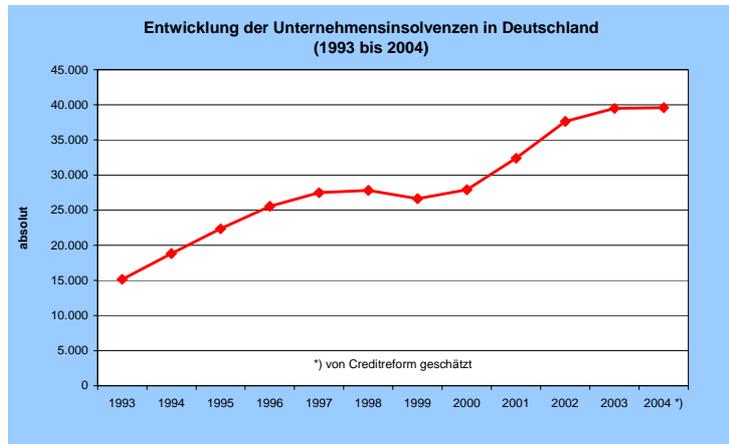
	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	21.520	+ 59,2%	25.190	+ 593,9%
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004 *)	115.700	+ 15,3%	39.600	+ 0,3%	45.900	+ 37,0%	30.200	+ 10,3%

\*) von Creditreform geschätzt

\*\*\*) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Der Langzeitchart zeigt, dass die Unternehmensinsolvenzen seit 1993 – mit einer Zäsur in den Jahren 1998 bis 2000 – kontinuierlich zunehmen. Der Anstieg in diesem Jahr fällt gering aus, von einer Entspannung

der Insolvenzsituation kann auf diesem hohen Niveau jedoch keine Rede sein.



Das weitere Anwachsen der Unternehmensinsolvenzen rührt von einer Zunahme der Unternehmenszusammenbrüche in Westdeutschland her: 30.200 Unternehmen beantragen im laufenden Jahr die Insolvenz – 1,9 Prozent mehr als 2003 (29.650). In Ostdeutschland hingegen setzt sich die bereits 2003 eingetretene rückläufige Entwicklung – allerdings abgeschwächt – fort: 9.400 Betriebe beantragen die Insolvenz, 4,3 Prozent weniger als im vergangenen Jahr. 2003 verzeichneten die ostdeutschen Betriebe noch einen Rückgang von 11,3 Prozent.

**Bad news aus dem Westen**

**Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland**

	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004 *)	88.500	+ 15,7%	30.200	+ 1,9%	37.300	+ 34,5%	21.000	+ 9,8%

\*) von Creditreform geschätzt

\*\*) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen in Westdeutschland liegt bei 88.500, sie stieg im Jahresverlauf um 15,7 Prozent oder knapp 12.000 Insolvenzen. Davon traten 37.300 Verbraucher den Gang zum Insolvenzgericht

an, was einem Zuwachs von 34,5 Prozentpunkten entspricht. Die sonstigen Insolvenzen legen um 9,8 Prozentpunkte auf 21.000 Fälle zu.

**Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland**

	<b>Gesamt- insolvenzen</b>	<b>Unternehmens- insolvenzen</b>	<b>Verbraucher- insolvenzen **)</b>	<b>sonstige Insolvenzen **)</b>
1999	8.760 - 0,6%	7.570 - 4,7%	420 -	770 -
2000	12.190 + 39,2%	9.810 + 29,6%	1.370 + 226,2%	1.010 + 31,2%
2001	13.500 + 10,7%	10.640 + 8,5%	2.340 + 70,8%	520 - 48,5%
2002	21.390 + 58,4%	11.070 + 4,0%	3.280 + 40,2%	7.040 + 1253,8%
2003	23.830 + 11,4%	9.820 - 11,3%	5.770 + 75,9%	8.240 + 17,0%
2004 *)	27.200 + 14,1%	9.400 - 4,3%	8.600 + 49,0%	9.200 + 11,7%

\*) von Creditreform geschätzt

\*\*) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

In Ostdeutschland steigt die Zahl der Insolvenzen von Privatpersonen um einiges deutlicher an als in Westdeutschland: Hier legt die Zahl der Verbraucherinsolvenzen um knapp 50 Prozent (49,0 Prozent) auf 8.600 betroffene Personen zu. Die Zahl der sonstigen Insolvenzen wächst um 11,7 Prozent auf 9.200 Fälle und liegt damit nur noch knapp unter den Unternehmensinsolvenzen (9.400).

## **1.2 Private Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen**

Die Zahl der Insolvenzen von Privatpersonen steigt ungebrochen: 76.100 Anträge haben die Gerichte im laufenden Jahr zu bewältigen (Verbraucher, ehemals Selbstständige, Nachlässe).

Jedem Insolvenzantrag vorgelagert ist ein außergerichtlicher Einigungsversuch des Schuldners mit seinen Gläubigern. Dieser so genannte außergerichtliche Schuldenbereinigungsplan scheitert in der Regel, da er nur zustande kommt, wenn ihm alle Gläubiger zustimmen. Die Mehrheit der überschuldeten Privatpersonen bietet seinen Gläubigern überhaupt keine Quote an, dem stimmen Gläubiger – insbesondere Banken, die meist die Hauptgläubiger im Insolvenzverfahren sind – nicht zu, da sie beachten müssen, dass sie es in der

***Eine Flut von  
Insolvenzanträgen ...***

Mehrheit mit vertragstreuen Schuldnern zu tun haben, denen sie keine falschen Signale setzen wollen. Über den gescheiterten Einigungsversuch erteilen Schuldnerberatungen oder Rechtsanwälte eine Bescheinigung, mit der der Schuldner bei Gericht einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellen kann.

Was ursprünglich als Entlastung der Gerichte ange-dacht war, mutiert nun zu einer Farce: Schuldner haben bei den Beratungsstellen Wartezeiten von bis zu einem halben Jahr hinzunehmen, weil den Einrichtungen die Mittel gekürzt werden. Da außergerichtliche Erbringungsversuche regelmäßig scheitern, gelingt eine Entlastung der Gerichte in keiner Weise – im Gegenteil, das Verfahren wird noch in die Länge gezogen.

Der Schuldner durchläuft anschließend das eigentliche gerichtliche Insolvenzverfahren, dem ein mittlerweile nur noch fakultativer gerichtlicher Einigungsversuch vorgelagert ist. Seit 2001 die Möglichkeit der Stundung der Gerichtskosten eingeführt wurde, sind so genannte Nullplanverfahren die Regel, in denen es zu einer Gläubigerbefriedigung überhaupt nicht kommt. In etwa zwei Drittel aller Fälle wird den Gläubigern keine Quote angeboten, Tendenz steigend. In der sich anschließenden sechs Jahre währenden Wohlverhaltensphase wird dem Schuldner ein Treuhänder zur Seite gestellt, der die Zahlungs- und Verhaltenspflichten des Schuldners zu überwachen hat.

Das gesamte Verfahren steht in keiner Relation zu den erzielten Ergebnissen. Die Justiz und die Beratungsstellen werden mit einer Flut von Verfahren überrollt, die zwar in jedem Einzelfall einen erheblichen Aufwand erfordern, deren Erfolg- und Ergebnislosigkeit aber von vornherein feststeht: Im Durchschnitt kostet jedes masselose Privatinsolvenzverfahren 3.000 Euro und beschäftigt die Justiz mindestens zehn Jahre lang (sechs Jahre Wohlverhaltensperiode plus vier Jahre Nachstundung bei Vermögenslosigkeit des Schuldners). Hinzu kommt noch das außergerichtliche Verfahren unter Beteiligung der Schuldnerberatungsstellen. Bei der Diskussion um die Bewältigung einer sol-

**... macht Vereinfachungen  
wichtig**

chen Menge vermögensloser Verfahren wird oft vergessen, worum es bei der Schaffung der Insolvenzordnung primär ging: Um eine bestmögliche Gläubigerbefriedigung. Diese Zielsetzung hat sich mittlerweile in ihr Gegenteil verkehrt.

Bayerns Justizministerin Beate Merk plant deshalb eine Reform des Verfahrens der Verbraucherinsolvenzen. Kernpunkt ist die Behandlung masseloser Verfahren: Sei von vornherein kein Vermögen zu verteilen, sollte weder ein außergerichtlicher Einigungsversuch noch ein Insolvenzverfahren vorgesehen werden. Stattdessen solle der festgestellte Vermögensstatus des Schuldners im Schuldnerverzeichnis bekannt gemacht werden. Über besondere Verjährungsfristen solle dem Schuldner die Möglichkeit eröffnet werden, einen Neuanfang beginnen zu können.

***Wo nichts zu holen ist ...***

Ferner soll die Erteilung der Restschuldbefreiung stärker an die Mitwirkung von Schuldnern gekoppelt sein. Bislang führt die fehlende Mitwirkungsbereitschaft vieler Schuldner dazu, dass die zu erstellenden Vermögensunterlagen so unzulänglich sind, dass sie schon deshalb keine Verhandlungs- oder Einigungsgrundlage sein können, auf die sich Gläubiger einlassen.

Die Bundesregierung hat im September einen Gesetzentwurf zur Änderung der Insolvenzordnung vorgelegt, in dem die oben behandelten Kritikpunkte keinen Eingang gefunden haben. Geplant ist danach, den gerichtlichen Einigungsversuch abzuschaffen und den außergerichtlichen Einigungsversuch durch die Einflechtung gerichtlicher Mitwirkungspflichten zu stärken. Zugleich soll das Verbraucherinsolvenzverfahren für alle natürlichen Personen (außer aktiven Unternehmern) geöffnet werden. Damit werden auch viele Kleinunternehmer wieder das verkürzte Insolvenzverfahren statt des Regelinsolvenzverfahrens nutzen.

**Tab. 4: Private Insolvenzen in Deutschland**

■	2004 *)	2003	Veränd. in Prozent
Verbraucher	45.900	33.510	+ 37,0
ehemals Selbstständige u. natürliche Personen als Gesellschafter	27.700	24.980	+ 10,8
Nachlässe	2.500	2.390	+ 4,6
Gesamt	76.100	60.880	+ 25,0

\*) von Creditreform geschätzt

***Verschuldet oder  
überschuldet***

Schätzungen gehen von bis zu 3 Millionen überschuldeten Haushalten aus, ein Abebben der Privatpersoneninsolvenzen ist somit kaum zu erhoffen. In den Berichterstattungen zur finanziellen Situation von Privatpersonen werden häufig die Begriffe Überschuldung und Verschuldung durcheinander geworfen: Während aber die Verschuldung für die Anschaffung von Konsumgütern gesellschaftlich erwünscht und in einer modernen Marktwirtschaft nicht wegzudenken ist, ist die Überschuldung die Kehrseite der modernen Konsumgesellschaft. Der Übergang von der Ver- in die Überschuldung wird häufig durch drei Ursachen veranlasst: Arbeitslosigkeit, Scheidung und unökonomische Haushaltsführung. Die Folgen für die Betroffenen liegen auf der Hand, doch auch die Konjunktur wird nachhaltig beeinflusst, weil die Volkswirtschaft in zweierlei Hinsicht belastet wird. Einerseits erhöhen sich die Staatsausgaben aufgrund steigender Sozialleistungen und andererseits verringert sich die Kaufkraft und folglich auch die für das Wirtschaftswachstum erforderliche Nachfrage.

Die beiden Creditreform Töchter microm und CEG haben gemeinsam einen Schuldneratlas entwickelt, der Schuldnerquoten (volljährige Personen, die eine Eidesstattliche Versicherung abgegeben haben, gegen die eine Haftanordnung zur Abgabe der Eidesstattlichen Versicherung läuft, die das Privatpersoneninsolvenzverfahren durchlaufen oder gegen die ein Inkassoverfahren anhängig ist) auf Basis der Bundesländer bis hin zu Straßenabschnitten darstellt. Danach leben die meisten Schuldner in Bremerhaven, die Quote liegt hier bei 17,7 Prozent. Die beste Bonität genießt der

Kreis Eichstätt in Bayern mit einer Quote von lediglich 4,1 Prozent.

### 1.3 Insolvenzen im konjunkturellen Umfeld

Das Bruttoinlandsprodukt stieg im dritten Quartal 2004 real nur leicht um 0,1 Prozent im Vergleich zum Vorquartal, und damit deutlich schwächer als die ersten beiden Quartale des laufenden Jahres (jeweils um 0,4 Prozent). Verantwortlich dafür war – zum ersten Mal in diesem Jahr – ein Rückgang der Exporte (minus 1,1 Prozent), der auch durch die leichten positiven binnenwirtschaftlichen Signale noch nicht ausgeglichen werden konnte.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren für 2005 ein etwas langsames Wachstum in Höhe von 1,5 Prozent. Dabei zu beachten ist aber, dass die rund 1,8 Prozent Wachstum in diesem Jahr auch an der hohen Zahl der Arbeitstage liegt.

### *Insolvenzen und Konjunktur treten auf der Stelle*

Tab. 5: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen 2004 \*)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Steigerung gegenüber dem Vorjahr
<b>Verarb. Gew.</b>			
West	2.480 ( 2.730)	8,2 ( 9,2)	- 9,2
Ost	820 ( 880)	8,7 ( 9,0)	- 6,8
Deutschland	3.300 ( 3.610)	8,3 ( 9,1)	- 8,6
<b>Bau</b>			
West	5.380 ( 5.400)	17,8 ( 18,2)	- 0,4
Ost	2.630 ( 2.760)	28,0 ( 28,1)	- 4,7
Deutschland	8.010 ( 8.160)	20,2 ( 20,7)	- 1,8
<b>Handel</b>			
West	7.340 ( 7.140)	24,3 ( 24,1)	+ 2,8
Ost	2.070 ( 2.220)	22,0 ( 22,6)	- 6,8
Deutschland	9.410 ( 9.360)	23,8 ( 23,7)	+ 0,5
<b>Dienstleist.</b>			
West	15.000 (14.380)	49,7 ( 48,5)	+ 4,3
Ost	3.880 ( 3.960)	41,3 ( 40,3)	- 2,0
Deutschland	18.880 (18.340)	47,7 ( 46,5)	+ 2,9
<b>Gesamt</b>			
West	30.200 (29.650)	100,0 (100,0)	+ 1,9
Ost	9.400 ( 9.820)	100,0 (100,0)	- 4,3
Deutschland	39.600 (39.470)	100,0 (100,0)	+ 0,3

\*) von Creditreform geschätzt, ( ) = Vorjahresangaben

Das Verarbeitende Gewerbe hatte in den ersten beiden Quartalen des laufenden Jahres die Funktion der Konjunkturlokomotive übernommen – der deutliche Rückgang der Insolvenzen in diesem Wirtschaftsbereich spiegelt dies wider: Entgegen dem Trend nahmen die Insolvenzen aus dem Verarbeitenden Gewerbe auch in Westdeutschland ab – und zwar mit minus 9,2 Prozent stärker als in Ostdeutschland mit minus 6,8 Prozent.

Auch das Baugewerbe verzeichnet einen Rückgang der Insolvenzen sowohl in West- (minus 0,4 Prozent) als auch in Ostdeutschland (minus 4,7 Prozent). Diese Entwicklung verwundert beim Blick auf die konjunkturelle Lage des Baugewerbes: Die Zahl der Baugenehmigungen ging von Januar bis September dieses Jahres um 6,5 Prozent auf 208.500 zurück und der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) rechnet für 2004 mit einem Umsatzrückgang von 4,5 Prozent in der Bauwirtschaft.

Erklären lässt sich die Situation bei Betrachtung der relativen Insolvenzbetroffenheit der Baubranche: Denn trotz des Rückgangs weist das Baugewerbe nach wie vor die höchste Insolvenzdichte aller Branchen auf: Von 10.000 existenten Betrieben in der Bauwirtschaft melden dieses Jahr 251 Insolvenz an. Der Gesamtschnitt aller Branchen liegt bei lediglich 135 Insolvenzen pro 10.000 existenten Betrieben.

### **Stille Liquidation am Bau**

**Tab. 6: Risikoquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland 2004**

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	89
Baugewerbe	251
Handel	133
Dienstleistungen	123
<b>Gesamt</b>	<b>135</b>
hierunter:	
Westdeutschland	125
Ostdeutschland	184

\*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank und Umsatzsteuerstatistik

Der Handel verzeichnet eine leichte Zunahme der Insolvenzen um 0,5 Prozent. Insbesondere der Einzelhandel hatte unter der Konsumunlust der Verbraucher zu leiden. Selbst wenn das Weihnachtsgeschäft aus „vielen Beinen und vollen Tüten“ bestehe, auf das der Handelsverband BAG hofft, könne das Jahr nicht mehr gerettet werden: Für 2004 wird ein Umsatzminus von 0,4 Prozent erwartet. 6.660 Insolvenzen kommen in diesem Jahr aus dem Einzelhandel. Die Großhandelsumsätze hingegen wuchsen im dritten Quartal so stark wie schon lange nicht mehr. Allerdings sei die Lage im Großhandel nicht so gut, wie das nominale Umsatzergebnis vermuten ließe, urteilt BGA-Präsident Anton Börner. Strukturelle Wachstumshindernisse und hohe Weltmarktpreise vieler Rohstoffe seien dafür verantwortlich, dass der reale Warenumsatz nicht entsprechend expandiere. Der Großhandel ist mit 2.750 Pleiten am Insolvenzgeschehen beteiligt. Die relative Insolvenzbetroffenheit der Betriebe aus dem Handel ist dennoch unterdurchschnittlich: 133 von 10.000 Unternehmen gehen in Konkurs.

Der Dienstleistungssektor verzeichnet einen Zuwachs der Insolvenzen um 2,9 Prozent. Im Osten ging die Zahl der insolventen Betriebe um 2,0 Prozent zurück, im Westen hingegen stieg sie um 4,3 Prozentpunkte. Insgesamt aber ist der Dienstleistungsbereich am wenigsten von der Insolvenzflut betroffen: Von 10.000 Unternehmen gehen lediglich 123 in Konkurs – 12 weniger als im Durchschnitt aller Branchen.

### ***Dienstleister mit schwacher Finanzierung***

**Tab. 7: Risikobehaftete Branchen in Deutschland**

■	Insolvenz- quote
<b><u>Verarbeitendes Gewerbe</u></b>	
Stahl- und Leichtmetallbau	408
Herstellung. von gewebter Oberbekleidung für Damen und Mädchen	365
Herstellung von Konditorwaren	330
<b><u>Bau</u></b>	
Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe	737
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	615
Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit	609
<b><u>Handel</u></b>	
sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	485
Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchswaren	444
Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	421
<b><u>Dienstleistung</u></b>	
private Kurierdienste	606
Trinkhallen	583
Umzugsverkehr mit Kraftfahrzeugen	540

Insolvenzquote = Insolvenzen je 10.000 Unternehmen einer Branche

**Einzelhandel  
insolvenzgefährdet**

Tabelle 7 zeigt für die Hauptwirtschaftsbereiche die Branchensektoren, die eine besonders hohe Insolvenzquote aufweisen.

Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen stellen Betriebe mit einem Umsatz zwischen 500.000 und 5,0 Millionen Euro Umsatz. 2004 meldeten 13.740 (2003: 14.680) Unternehmen dieser Umsatzgrößenklasse Insolvenz an und stellen damit 34,7 Prozent (2003: 37,2 Prozent) des Gesamtinsolvenzaufkommens. Zugenommen hat der Anteil kleiner Unternehmen: In der Umsatzgrößenklasse von bis zu 100.000 Euro brachen 18,4 Prozent zusammen (Vorjahr: 16,6 Prozent), die Zahl der insolventen Betriebe mit einem Umsatz von bis zu 250.000 Euro stieg im Jahresverlauf von 21,9 auf 23,3 Prozent auf insgesamt 9.230 betroffene Unternehmen an.

**Tab. 8: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2004 \*)  
für Gesamtdeutschland in Mio. Euro**

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	7.290 ( 6.550)	18,4 ( 16,6)
> 0,1 – 0,25	9.230 ( 8.650)	23,3 ( 21,9)
> 0,25 – 0,5	7.360 ( 7.220)	18,6 ( 18,3)
> 0,5 – 5,0	13.740 (14.680)	34,7 ( 37,2)
> 5,0 – 25,0	1.700 ( 2.050)	4,3 ( 5,2)
> 25,0 – 50,0	160 ( 200)	0,4 ( 0,5)
> 50,0	120 ( 120)	0,3 ( 0,3)
Gesamt	39.600 (39.470)	100,0 (100,0)

\*) Creditreform-Schätzung, ( ) = Vorjahresangaben

Insolvenzgefährdet sind Unternehmen insbesondere in den ersten sechs Jahren nach ihrer Gründung: 46,8 Prozent (Vorjahr: 47,1 Prozent) der insolventen Betriebe sind nicht älter als sechs Jahre. In diese Zeit fällt häufig der Übergang vom Gründer zum Unternehmer, der andere Qualifikationen erfordert. Ein gutes Drittel (33,8 Prozent) der Insolvenzen trifft aber auch Unternehmen, die bereits zehn Jahre oder länger am Markt sind.

**Tab. 9: Insolvenzen nach Unternehmensalter 2004**

■	West	Ost	Deutschland
0 bis 2 Jahre	14,7 (14,4)	12,3 (12,6)	14,2 (14,0)
3 bis 4 Jahre	17,4 (18,8)	17,6 (17,5)	17,5 (18,5)
5 bis 6 Jahre	14,8 (14,3)	15,9 (16,0)	15,1 (14,6)
7 bis 8 Jahre	10,4 (10,7)	11,6 (12,6)	10,7 (11,1)
9 bis 10 Jahre	8,3 ( 7,9)	11,0 (11,4)	8,9 ( 8,7)
über 10 Jahre	34,4 (34,0)	31,5 (29,9)	33,8 (33,1)

Angaben in Prozent, ( ) = Vorjahresangaben

***Jung sterben***

Die Überlebenswahrscheinlichkeit eines Betriebes mit dem Gründungsjahr 1999 wird in Tabelle 10 dargestellt: Lediglich 0,03 Prozent der Handelsbetriebe mussten bereits im Gründungsjahr 1999 ihre Insolvenz beantragen. Im Bau waren es dagegen 0,18 Prozent. Nach fünf Jahren sind bereits 24,12 Prozent aller 1999 gegründeten Baufirmen insolvent. Im Verarbeitenden Gewerbe sind es lediglich 13,04 Prozent, im Handel

9,86 Prozent und im Dienstleistungssektor nur 8,15 Prozent.

**Tab. 10: Insolvenzentwicklung in den Hauptwirtschaftsbereichen für die Jahre 1999 bis 2004  
(Basis: Unternehmensgründung im Jahr 1999)**

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Dienstleistung
1999	0,09	0,18	0,03	0,04
2000	1,93	3,17	0,96	0,71
2001	2,87	6,52	2,22	1,84
2002	2,45	6,18	2,53	2,15
2003	3,25	4,89	2,52	2,02
2004 *)	2,45	3,18	1,60	1,39
Summe	13,04	24,12	9,86	8,15

Angaben in Prozent

\*) im Jahr 2004 wurden die Insolvenzen bis Oktober berücksichtigt

Es stieg die Zahl der insolventen Betriebe, die bis zu fünf Personen beschäftigen, und zwar um 3,4 Prozentpunkte auf 73,6 Prozent. Abgenommen hat hingegen die Zahl der Unternehmenskonkurse mit mehr als 50 Beschäftigten, und zwar von 2,7 auf 2,3 Prozent. In dieser Entwicklung liegt auch der Rückgang der Schäden und der betroffenen Arbeitnehmer begründet, die trotz der leicht steigenden Insolvenzzahlen abnehmen.

**Tab. 11: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen**

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	74,0 (70,6)	71,8 (68,6)	73,6 (70,2)
6 – 10 Personen	11,4 (12,2)	12,9 (14,2)	11,7 (12,6)
11 – 20 Personen	7,5 ( 8,6)	8,3 ( 9,4)	7,7 ( 8,8)
21 – 50 Personen	4,7 ( 5,8)	5,2 ( 5,8)	4,8 ( 5,8)
51 – 100 Personen	1,5 ( 1,8)	1,3 ( 1,5)	1,4 ( 1,7)
> 100 Personen	1,0 ( 1,1)	0,5 ( 0,5)	0,9 ( 1,0)

Angaben in Prozent, ( ) = Vorjahresangaben

Insolvenzen werden von kleinen Gewerbetreibenden und Freiberuflern dominiert: Sie stellen fast die Hälfte (48,5 Prozent; Vorjahr: 45,8 Prozent) aller Konkurse. Der Anteil der GmbH's am Insolvenzgeschehen ist hingegen rückläufig: 39,8 Prozent der Pleiten betreffen

diese Kapitalgesellschaft, im vergangenen Jahr waren es noch 41,9 Prozent.

**Tab. 12: Insolvenzen nach Rechtsformen 2004**

■	West	Ost	Deutschland
freie Berufe / Gewerbebetrieb	45,9 (42,5)	58,1 (56,9)	48,5 (45,8)
BGB-Gesellschaft	1,2 ( 1,3)	1,6 ( 1,7)	1,3 ( 1,4)
Einzel firma	4,6 ( 4,6)	1,8 ( 2,2)	4,0 ( 4,1)
OHG	0,4 ( 0,3)	0,3 ( 0,3)	0,4 ( 0,3)
KG	0,8 ( 0,7)	0,3 ( 0,4)	0,7 ( 0,6)
GmbH & Co. KG	4,4 ( 4,7)	2,1 ( 2,5)	3,9 ( 4,2)
GmbH	41,3 (44,0)	34,4 (34,4)	39,8 (41,9)
AG	1,0 ( 1,3)	0,4 ( 0,5)	0,9 ( 1,1)
eG	0,0 ( 0,0)	0,4 ( 0,4)	0,1 ( 0,1)
eV	0,5 ( 0,4)	0,8 ( 0,7)	0,6 ( 0,5)

**Gewerbebetriebe und GmbH  
betroffen**

Quelle: Creditreform-Datenbank; Angaben in Prozent

Die Reform des Insolvenzrechts diente vornehmlich der besseren Gläubigerbefriedigung im Insolvenzverfahren. Zwar haben sich seitdem die Quoten, die Gläubiger im Insolvenzverfahren durchschnittlich erhalten – sie liegen immer noch zwischen drei und fünf Prozent –, nicht merklich erhöht, die Zahl der eröffneten Verfahren ist jedoch seit Einführung der Insolvenzordnung deutlich gestiegen: Fand im Jahr 1999 bei zwei Drittel aller Verfahren in Westdeutschland und 80 Prozent der Verfahren in Ostdeutschland eine Gläubigerbefriedigung mangels Vorhandensein einer die Kosten des Verfahrens deckenden Vermögensmasse überhaupt nicht statt, liegt die Eröffnungsquote in Westdeutschland mittlerweile bei 61,6 und in Ostdeutschland bei 55,3 Prozent .

**Tab. 13: Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland**

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse eingestellt	
		absolut	in Prozent
1999	19.050	12.700	66,7
2000	18.120	10.102	55,8
2001	21.750	11.953	55,0
2002	26.550	10.930	41,2
2003	29.650	11.830	39,9
2004 *)	30.200	11.600	38,4

\*) von Creditreform geschätzt

**Tab. 14: Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland**

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse eingestellt	
		absolut	in Prozent
1999	7.570	6.103	80,6
2000	9.810	6.400	65,2
2001	10.640	5.810	54,6
2002	11.070	6.280	56,7
2003	9.820	4.700	47,9
2004 *)	9.400	4.200	44,7

\*) von Creditreform geschätzt

### ***Altersversorgung schützen***

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung der Insolvenzordnung sieht jedoch unter anderem auch eine die Masse des Verfahrens beschneidende Neuerung vor. Damit Selbstständige im Alter nicht auf staatliche Transferleistungen angewiesen seien, ist geplant, dass Vermögenswerte, die Selbstständige für ihre Altersvorsorge vorgesehen haben, nicht mehr dem Gläubigerzugriff unterliegen. In einem ersten Schritt sollen Lebensversicherungen vor einem Pfändungszugriff geschützt werden. Leistungen aus Lebensversicherungen auf Rentenbasis bis zu einer Höhe von monatlich 930 Euro werden danach vor dem Gläubiger bewahrt. Auch im Falle einer Weiterbeschäftigung oder einer neuen Arbeitsaufnahme sollen die von der Insolvenz Betroffenen unbürokratisch geschützt werden: Auch dort bleibt auf dem Konto des Schuldners ein Sockelbetrag von 930 Euro pro Monat generell unpfändbar.

## 1.4 Insolvenzen und die Schäden

Insolvenzen verursachen nicht nur Verluste bei den unmittelbar betroffenen Gläubigern, sie haben auch Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft. Die Schäden, die durch das Unternehmensinsolvenzaufkommen verursacht wurden, belaufen sich für das Gesamtjahr 2004 auf 39,4 Milliarden Euro und liegen damit um 1,1 Milliarden Euro niedriger als noch vor einem Jahr. Erklären lässt sich dieser Rückgang mit dem fast stagnierenden Insolvenzaufkommen im Unternehmensbereich und dem weitgehenden Ausbleiben von Großinsolvenzen, wie sie noch 2002 das Insolvenzgeschehen dominierten.

**Tab. 15: Schäden durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland in Mrd. Euro**

■	private Schäden	Öffentliche Hand	Gesamt
1999	17,9	9,7	27,6
2000	17,9	9,2	27,1
2001	22,0	10,3	32,3
2002	26,6	11,8	38,4
2003	27,9	12,6	40,5
2004 *)	27,5	11,9	39,4

\*) von Creditreform geschätzt

**Schäden etwas geringer**

Die Öffentliche Hand, also Städte und Gemeinden, aber auch die Sozialämter und Arbeitsagenturen blieben auf insgesamt 11,9 Milliarden Euro sitzen. Private Gläubiger erlitten einen Schaden in Höhe von 27,5 Milliarden Euro. Bezieht man die Schadenshöhe auf die Zahl der Insolvenzen erhält man die durchschnittliche Schadenssumme, die eine Unternehmensinsolvenz verursacht: Diese liegt bei 694.000 Euro pro Unternehmen. Im letzten Jahr waren es noch Forderungen in Höhe von 707.000 Euro, die bei einem Konkurs offen blieben.

**Tab. 16: Private Verluste durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland**

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1999	17,9	672.000
2000	17,9	641.000
2001	22,0	679.000
2002	26,6	707.000
2003	27,9	707.000
2004 *)	27,5	694.000

\*) von Creditreform geschätzt

Konform mit dem Rückgang der Insolvenzschiäden gehen auch die Angaben des Pensionssicherungsver­eins (PSV): Der PSV, der im Fall der Insolvenz des Arbeitgebers die Betriebsrenten weiterzahlt, hat seinen Beitragssatz 2004 auf 3,6 Promille festgesetzt, und damit gegenüber dem Vorjahr deutlich gesenkt. 2003 lag der Beitragssatz noch bei 4,4 Promille. Ursache dafür ist die Abnahme der Insolvenzen, bei denen der PSV eintrittspflichtig geworden ist, und zwar um 12 Prozent innerhalb der ersten neun Monate des laufenden Jahres. Noch stärker abgenommen hat das Schadensvolumen aus neuen Insolvenzen, und zwar um 35 Prozent oder 210 Millionen Euro. Dies auch, weil bisher kein Großschaden wie in den Vorjahren zu verzeichnen war. Das veranschlagte Schadensvolumen für das Jahr 2004 beläuft sich auf rund 862 Millionen Euro.

### **1.5 Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen**

Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im dritten Quartal 2004 um 0,3 Prozent oder 101.000 Personen im Vergleich zum Vorjahr zu, allerdings entwickelten sich die Hauptwirtschaftsbereiche recht unterschiedlich: Die Zahl der Beschäftigten nahm in den Bereichen Produzierendes Gewerbe (minus 1,4 Prozent), Baugewerbe (minus 2,8 Prozent) und Land- und Forstwirtschaft (minus 0,5 Prozent) ab, sie stieg dagegen im Dienstleistungssektor (plus 1,1 Prozent). Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die zunehmende Inanspruchnahme der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wie

Ich-AG's und Mini-Jobs im Dienstleistungsbereich besonders stark auswirkte.

Nach Einschätzung des Sachverständigenrates wird die Arbeitslosenquote auch im nächsten Jahr bei 10,5 Prozent verharren. Zwar würden ab Januar mehr als 300.000 Sozialhilfeempfänger als Arbeitslose geführt, dahinter verberge sich allerdings lediglich der aus Hartz IV resultierende statistische Effekt.

**Tab. 17: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland**

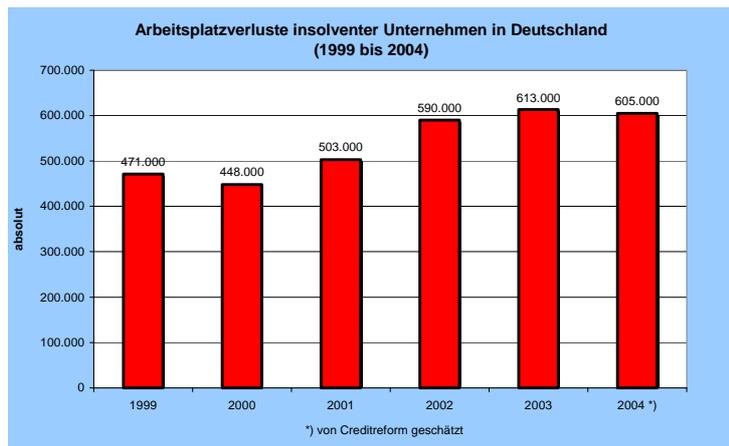
■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004 *)	605.000	- 1,3

\*) von Creditreform geschätzt

Die Zahl der von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffenen Arbeitnehmer beläuft sich für das Jahr 2004 auf 605.000, und ist damit erstmals seit dem Jahr 2000 wieder leicht rückläufig (minus 1,3 Prozent).

Die Bundesagentur für Arbeit, die Arbeitnehmern eines insolventen Unternehmens Insolvenzgeld für längstens drei Monate gewährt, leistete in den ersten acht Monaten dieses Jahres an 311.682 Betroffene. Von Januar bis August 2003 wurde Insolvenzgeld an 313.273 Arbeitnehmer bewilligt. Dass diese Angaben nur einer groben Einschätzung der Situation dienen kann, wird deutlich, wirft man einen Blick auf die krisengeschüttelten Großbetriebe Deutschlands: Opel will 10.000 Arbeitsplätze abbauen, Karstadt-Quelle 5.500, Spar 1.000 und Schlecker ebenfalls 1.000.

## ***Sanierung oder Insolvenz***



## 1.6 Insolvenzzgründe

Die Gründe, die ein Unternehmen in die Insolvenz zwingen, sind oft vielschichtig und lassen sich grob in zwei Hauptursachen unterteilen: externe und interne Ursachen. Bei einer Befragung von 56 Insolvenzverwaltern im Rahmen eines Forschungsprojektes waren die folgenden Gründe für einen Zusammenbruch der Unternehmen verantwortlich:

**Viele Gründe kommen zusammen**

**Tab. 18: Insolvenzzursachen**

■	Unternehmen
<b>1. Finanzierung</b>	<b>20,2</b>
1.1 Fremdfinanzierung	12,1
1.2 Eigenkapital/Finanzplanung	8,1
<b>2. Managementfehler</b>	<b>71,4</b>
2.1 Organisationsfehler	26,7
2.2 Planungsfehler	19,6
2.3 Investitionspolitik	12,5
2.4 Mangel der Produkte/Arbeiten	12,6
<b>3. Auswirkungen fremder Schwierigkeiten</b>	<b>19,1</b>
<b>4. Absatz, Auftragslage, Konkurrenz</b>	<b>34,4</b>
<b>5. Sonstige Insolvenzzgründe</b>	<b>36,8</b>

Quelle: Ergebnisse einer Befragung von 56 Insolvenzverwaltern  
Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich

Im Finanzierungsbereich sind neben einem mangelhaften Rechnungswesen oder einer vollkommen fehlenden Buchführung und einer schlechten Finanzplanung insbesondere Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdfinanzierungsmitteln zu nennen. Eine

ungenügende Eigenkapitalausstattung oder schlechtes Cash-Management, eine zu hohe Eigenkapitalbindung oder ein zu hohes Umlaufvermögen gehören ebenfalls zu den häufigen Insolvenzgründen.

**Tab. 19: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zu Bilanzsumme**

■	bis 10%	36,0 (35,7)
	bis 20%	26,8 (27,0)
	bis 30%	17,4 (18,9)
	über 30%	19,9 (18,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Gerade einmal 19,9 Prozent (Vorjahr: 18,3 Prozent) der mittelständischen Unternehmen verfügen über mehr als 30 Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme und sind damit ausreichend kapitalisiert. Dagegen stehen 36,0 Prozent, die mit weniger als 10 Prozent haftendem Eigenkapital unterkapitalisiert sind. Dieser Wert stieg im Jahresverlauf um 0,3 Prozentpunkte.

Vielfach weisen Unternehmen in ihrer Finanzierungsstruktur einen viel zu hohen Anteil kurzfristiger Fremdfinanzierungsmittel wie Lieferanten- oder Kontokorrentkredite auf. Die damit verbundenen Zinsbelastungen sorgen letztendlich für den wirtschaftlichen Zusammenbruch von Unternehmen. Ein mangelhaftes Rechnungs- und Mahnwesen komplettiert die ermittelten Insolvenzgründe.

Im Bereich Managementfehler ist die mangelnde Qualifikation der Unternehmensleitung – fehlende betriebswirtschaftliche Kenntnisse – die häufigste Insolvenzursache. Viele Unternehmer besitzen zwar eine hohe fachliche Kompetenz, sind aber nicht geeignet, ein Unternehmen zu führen. Auch Planungsfehler sind auf Qualifikationsdefizite zurückzuführen. Insbesondere Kalkulationsfehler in der Auftragsplanung sorgen für oftmals nicht mehr kompensierbare Verluste. In hoch innovativen – vorwiegend technisch orientierten – Betrieben wird häufig eine falsche Bedarfseinschätzung für neue Produkte oder Produktionsverfahren (so ge-

### ***Geld und Kompetenz fehlen***

nannte „innovatorische Flops“) festgestellt. Arbeitet das Unternehmen zu diesem Zeitpunkt bereits am Kreditlimit, können benötigte zusätzliche Fremdfinanzierungsmittel nicht mehr aufgebracht werden.

Ein weiterer Schwerpunkt von Managementfehlern liegt im Vernachlässigen des Investitionsbereiches. Fehlentscheidungen in der Investitionsfinanzierung oder das vollständige Fehlen einer Investitionsplanung sind Gründe für einen erlittenen Schiffbruch. Auch veraltete Produktpaletten oder mangelhaft ausgeführte Arbeiten führen oft in die Insolvenz. Unternehmer erkennen Markttrends nicht früh genug oder kontrollieren die Arbeiten ihrer Mitarbeiter nicht sorgfältig, was auf längere Sicht einen enormen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit nach sich zieht.

### **Interne und externe Gründe**

Unter externen Insolvenzursachen versteht man außerhalb des Unternehmens liegende Insolvenzauslöser, die nicht dem Einflussbereich des entsprechenden Betriebes zuzuordnen sind.

Dazu gehören zum einen die Branchenkonjunktur, zum anderen aber auch die Fremdfinanzierung, etwa über Bankkredite, die im Zuge der Basel II Restriktionen neue Aktualität erlangte.

**Tab. 20: Umsatzentwicklung im Mittelstand**

■	gestiegen	26,6 (23,3)
	stabil	42,2 (40,1)
	gesunken	30,7 (36,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

26,6 Prozent der im Herbst befragten mittelständischen Unternehmen verzeichneten im letzten halben Jahr Umsatzsteigerungen (Vorjahr: 23,3 Prozent). Immer noch 30,7 Prozent (Vorjahr: 36,0 Prozent) mussten dagegen Umsatzeinbußen hinnehmen. Der Blick in die Zukunft sieht ähnlich aus: 23,8 Prozent der mittelständischen Unternehmen hoffen im nächsten Jahr auf steigende Erträge. Das sind 4,0 Prozentpunkte mehr als noch vor einem Jahr. Dagegen stehen allerdings

36,5 Prozent (Vorjahr: 40,6 Prozent), die mit sinkenden Erträgen rechnen.

Die schwache Konjunktur und die hohe Zahl an Insolvenzen haben die Risikoportfolien der Banken stark strapaziert. Auch die Schatten von Basel II tragen ihren Teil dazu bei: Im Zuge der neuen Kreditvergaberichtlinien, die sich stärker an der Bonität des kreditsuchenden Unternehmens orientieren, wird es für mittelständische Unternehmen schwerer, überhaupt an Geld zu gelangen. Und so sehen sich die mittelständischen Unternehmen in einem Teufelskreis: Die Vielzahl der Ausfälle und notleidende Kredite fördern die Zurückhaltung bei der Kreditvergabe. Dies wiederum trocknet die Finanzierungsbasis kleiner und mittlerer Unternehmen in der Konjunkturkrise weiter aus und führt schließlich zu ihrem Exitus in Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit.

Zu den weiteren externen Krisenursachen zählen auch durch Zahlungsausfälle bzw. -verzögerungen ausgelöste Liquiditätsschwierigkeiten. Gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen zeigen sich infolge verspäteter Zahlungseingänge bzw. kompletter Forderungsausfälle Probleme in der Auftragsvorfinanzierung. Die vorhandenen Kapital- und Kreditreserven reichen oft nicht aus, den sich daraus ergebenden Finanzmittelbedarf zu decken. Nicht selten folgt auf einen Konkurs des Hauptauftraggebers der Niedergang vieler Zulieferbetriebe – der sogenannte Dominoeffekt.

## **Offene Rechnungen**

**Tab. 21: Durchschnittliche Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz**

■	bis 0,1	26,6 (23,7)
	bis 0,5	23,6 (21,4)
	bis 1,0	16,1 (19,4)
	über 1,0	17,0 (20,7)
	keine Verluste	14,5 (13,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Von Forderungsausfällen betroffen ist so gut wie jedes mittelständische Unternehmen: 83,3 Prozent der Be-

triebe mussten in den vergangenen 12 Monaten Forderungsverluste hinnehmen und die so entstandenen Finanzierungslücken mit eigenen Kapitalreserven füllen. Kritisch wird es, wenn die Forderungsverluste mehr als ein Prozent im Verhältnis zum Umsatz ausmachen. Das trifft auf immerhin 17,0 Prozent der Betriebe zu (Vorjahr: 20,7 Prozent).

Schließlich können auch konjunkturelle und saisonbedingte Auftragsflauten als Insolvenzgrund ausgemacht werden. Konjunkturell bedingten Auftragsrückgängen kann oftmals nicht schnell genug mit einer Anpassung der Kapazitäten begegnet werden, was vor allem an hohen Personalbeständen liegt.

## 1.7 Große Firmeninsolvenzen

An die Größenordnungen der Pleiten des Jahres 2002 können die Insolvenzen von Großunternehmen in diesem Jahr nicht heranreichen. Dennoch traf es mit Hettlage, Garant Schuh und Salamander AG sowie den Hukla-Werken wieder einige alte Traditionsunternehmen.

Die **Kögel Fahrzeugwerke AG** beschäftigte noch im Jahr 2002 fast 2.000 Mitarbeiter. Zu Beginn des neuen Jahres musste dann der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt werden. Mittlerweile ist das Verfahren eröffnet – Presseberichten zufolge wurde das operative Geschäft veräußert. Für die Aktiengesellschaft erfolgt im Rahmen des laufenden Insolvenzverfahrens die Restabwicklung. Das Unternehmen wird zukünftig unter Kögel Fahrzeugwerke GmbH firmieren.

Die **Garant Schuh und Mode AG** aus Düsseldorf stellte Anfang September einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Der Konzern beschäftigte etwa 1.563 Vollzeitkräfte und hatte sich mit der Übernahme der Salamander AG im vergangenen Jahr übernommen. Das Traditionshaus Salamander, das bereits 1904 gegründet und vor allem durch sein Maskottchen Lurchi berühmt wurde, will nun unrentable Filialen schließen und bis zu 400 Stellen abbauen. Die

Eröffnung des Verfahrens erwartet Insolvenzverwalter Metzeler für Anfang Dezember.

Die **BHG Color Print GmbH & Co. KG** aus Edingen-Neckarshausen betrieb Farbfotolaboratorien und übernahm mit zehn Laboren der Firma Kodak auch etwa 1.500 Mitarbeiter. Die BHG ist an diversen Firmen, wie der V-Dia und der KFS Fotolabore, beteiligt, die im Zuge des Insolvenzantrages der BHG ebenfalls Konkurs anmelden mussten. Auslöser für die Insolvenz war wohl der Verlust des größten Kunden – die Drogeriemarktkette dm –, der seine Fotos nun bei der Konkurrenz Fuji fertigen lässt.

Das Herrenkonfektionsgeschäft **Hettlage KgaA** aus Neuried, das sich zu 57 Prozent in Familienbesitz befindet, erwirtschaftete im vergangenen Jahr mit 1.376 Mitarbeitern einen Umsatz von 200 Millionen Euro. Das Verfahren wurde im April beantragt und ist mittlerweile eröffnet. Alle 45 deutschen Hettlage Filialen sollen geschlossen werden. Die österreichischen Filialen sind mittlerweile verkauft – 213 Mitarbeiter wurden dort entlassen. Die Arbeitsplätze des Müncher City-Hauses hingegen konnten durch den Verkauf an die Schleicher Vermögensverwaltungs GmbH gerettet werden.

Das in **Kenvelo AG** umbenannte Modeunternehmen Jean Pascale beantragte Anfang Februar die Insolvenz und ist laut Handelsregistereintrag mittlerweile aufgelöst. Das Textilhandelsunternehmen betrieb etwa 141 Jean Pascale Filialen, 35 Camera Filialen und weitere 105 Filialen außerhalb von Deutschland. Betroffen sind 1.253 Beschäftigte.

Die Möbelfabrik **Hukla-Werke GmbH** musste Anfang Juli wegen drohender Zahlungsunfähigkeit beim Amtsgericht Offenburg Insolvenz anmelden. Das von Insolvenzverwalter Stefano Buck und Neu-Geschäftsführer Peter Faulhaber verfolgte Sanierungskonzept sieht im günstigsten Fall eine Streichung von 300 Arbeitsplätzen vor. Mittlerweile wird jedoch davon ausgegangen, dass von den rund 1.250 Beschäftigten mehr als 600 gehen müssen.

Das Insolvenzverfahren über die **Günter Kubbe GmbH & Co. KG** wurde am ersten Mai eröffnet, nachdem es Anfang März beantragt worden war. Der Gebäudereiniger aus Frankfurt am Main beschäftigte etwa 850 Personen, die Gesellschaft ist mittlerweile aufgelöst.

Der Automobilzulieferer **IBS Brocke GmbH & Co. KG** hat am 9. Juli Insolvenz angemeldet. Das Unternehmen, das mit 816 Mitarbeitern in vier deutschen Werken vor allem Spritzgieß-, aber auch thermogeformte Teile für die Automobilindustrie herstellt, erwirtschaftete zuletzt einen Umsatz von rund 163 Millionen Euro. Seit dem ersten Oktober ist die Geschäftstätigkeit eingestellt.

Das Insolvenzverfahren über die **Girmes GmbH** aus Grefrath wurde Anfang Januar eröffnet. Am 14. September zeigte Insolvenzverwalter Horst Piepenburg die Masseunzulänglichkeit des Textilherstellers an. Girmes beschäftigte 2003 etwa 800 Mitarbeiter. Anfang 2004 gab es aufgrund des erfolgten Insolvenzantrages einen drastischen Stellenabbau auf 410 Mitarbeiter.

Das Fassadenbauunternehmen **MERO GmbH & Co. KG** mit insgesamt etwa 770 Beschäftigten stellte Anfang August einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Ende Oktober übernahm das Unternehmerehepaar Tröster weite Teile von MERO. Etwa 190 Mitarbeitern wird gekündigt werden.

**Tab. 22: „Top-Ten“ der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im Jahr 2004**

■	Unternehmen	Geschäftszweck
	Kögel Fahrzeugwerke AG, Ulm	Herstellung und Vertrieb von Fahrzeugen, Fahrzeugaufbauten und Containern aller Art
	GARANT SCHUH + MODE AG, Düsseldorf	Wirtschaftliche Förderung und Betreuung der angeschlossenen selbstständigen Schuh-Facheinzelhandelsunternehmen zum Zwecke der Erhaltung, Sicherung und Stärkung von deren Wettbewerbsfähigkeit.
	BHG Color Print GmbH & Co. KG, Edingen	Betrieb von Farbfotolaboratorien
	Hettlage KgaA, Neuried	Einzel-, Groß- und Versandhandel mit Textilien und anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs
	KENVELO AG, Norderstedt	Textilhandelsunternehmen
	HUKLA-WERKE GmbH, Gengenbach	Herstellung und Vertrieb von Polstermöbeln sowie von Polsterbetten und Matratzen.
	Günter Kubbe GmbH & Co. Gebäudeservice, Frankfurt	Ausführung von Gebäudereinigungen aller Art
	IBS Brocke GmbH & Co. KG, Morsbach	Entwicklung, Konstruktion und Fertigung von Formen, Werkzeugen, Modellen und Lehren für die Kunststoffindustrie sowie von Kunststoff-erzeugnissen aller Art und Verwendungszwecke und Vertrieb dieser Erzeugnisse.
	Girmes GmbH, Grefrath	Textilunternehmen, Herstellung von Heimtextilien
	MERO GmbH & Co. KG, Würzburg	Konstruktionen des Hochbaus, Glasbau, Fassadenbau, Airport-Technik, Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen

Quelle: Creditreform-Datenbank

## ■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

### 2.1 Gründungsbilanz

Die Gründungsdynamik gewinnt in Deutschland weiter an Fahrt. Was sich 2002/2003 schon hoffnungsvoll abzeichnete, hat sich nun verfestigt: Die Zahl aller Anmeldungen im Gewerberegister ist um 14,7 Prozent gestiegen. Waren es im Vorjahr 809.000 Gründer, die sich in die Gewerberegister eingetragen haben, so sind es 2004 – hochgerechnet zum Jahresende – rund 928.000.

Tab. 23: Gründungsbilanz 2004 \*) für Gesamtdeutschland

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	825.000 (707.000)	+ 16,7	600.000 (585.000)	+ 2,6
Handels- register:	103.000 (102.000)	+ 1,0	66.000 ( 58.000)	+ 13,8
Gesamt:	928.000 (809.000)	+ 14,7	666.000 (643.000)	+ 3,6
<b>Saldo:</b>	<b>262.000</b> <b>(166.000)</b>	<b>+ 57,8</b>		

\*) Creditreform-Schätzung; ( ) = 2003

### Neueintragungen nehmen zu

Die Fluktuation in der deutschen Unternehmensland-schaft hat insgesamt zugenommen: Auch bei den Ab-meldungen aus den Registern sind Zuwächse zu ver-zeichnen. Allerdings liegen sie deutlich unter den An-meldungen. Waren im Vorjahr noch 643.000 Unter-nehmen gelöscht worden, so sind es 2004 rund 666.000. Dies entspricht einem Zuwachs von 3,6 Pro-zent.

Im Zusammenhang mit den Zahlen in der Gründungs-bilanz ist darauf hinzuweisen, dass eine systematische Änderung bei der Erfassung der Gründungen und Ab-meldungen stattgefunden hat. Noch im Vorjahr wurden nur „echte Gründungen“, das heißt originäre Neuer-richtungen eines Betriebes gezählt. Umzüge oder Än-derungen der Rechtsform waren nicht berücksichtigt. Auch bei den Abmeldungen wurde nur aufgenommen, wer tatsächlich seine betriebliche Tätigkeit einstellte. Verlegungen oder etwa Erbfolgen wurden – analog zur Methode der Erfassung – nicht erhoben. In diesem Jahr werden alle Eintragungen und alle Abmeldungen aufgenommen. Der Grund für diesen Wechsel liegt darin, dass aufgrund eines timelags bei Ummeldungen oder der Frage, ob es sich bei Änderungen der Rechtsform oder der Gesellschafter nicht um ein neu-es Unternehmen handelt, nicht abschließend zu klären waren. Diese Unwägbarkeiten sollten nicht in der Pri-märstatistik, sondern in der Kommentierung und Dis-kussion beantwortet werden. Grundsätzlich wird die Frage, ob es sich um eine „echte“ oder „unechte“ Gründung handelt, wohl immer wieder anders beant-wortet werden.

Die positive Tendenz, welche die Gründungsbilanz für Gesamtdeutschland aufweist, gilt ebenso für beide Landesteile. In Westdeutschland sind 748.000 Neueintragungen im Gewerbe- und Handelsregister festzuhalten – gegenüber dem Vorjahr (648.000) ein Plus von 15,4 Prozent. Das Gründungsgeschehen ist dominiert von den westdeutschen Bundesländern: Auch die Zahl der Abmeldungen (538.000) kommt als Löwenanteil aus den alten Bundesländern (2003: 517.000).

**Tab. 24: Gründungsbilanz 2004 \*) für Westdeutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	661.000 (562.000)	+ 17,6	487.000 (473.000)	+ 3,0
Handels- register:	87.000 ( 86.000)	+ 1,2	51.000 ( 44.000)	+ 15,9
Gesamt:	748.000 (648.000)	+ 15,4	538.000 (517.000)	+ 4,1
<b>Saldo:</b>	<b>210.000</b> <b>(131.000)</b>	<b>+ 60,3</b>		

\*) Creditreform-Schätzung; ( ) = 2003

Eine bemerkenswerte Entwicklung weisen die Handelsregister im Osten wie im Westen auf: Bei einer nur schmalen Steigerung der Neueintragungen (Gesamtdeutschland plus 1,0 Prozent), haben doch die Löschungen markant zugelegt. In Westdeutschland um 15,9 Prozent (51.000) und in Ostdeutschland um 7,1 Prozent (15.000). Bei den Handelsregisterneueintragungen weisen die alten Länder eine leichte Zunahme aus (87.000; plus 1,2 Prozent). In den neuen Bundesländern bleibt es – wie schon 2003 – bei 16.000 Neugründungen.

**Tab. 25: Gründungsbilanz 2003 \*) für Ostdeutschland \*\*)**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	164.000 (145.000)	+ 13,2	113.000 (112.000)	+ 1,0
Handels- register:	16.000 ( 16.000)	+/- 0,0	15.000 ( 14.000)	+ 7,1
Gesamt:	180.000 (161.000)	+ 11,8	128.000 (126.000)	+ 1,6
<b>Saldo:</b>	<b>52.000</b> <b>( 35.000)</b>	<b>+ 48,6</b>		

\*) Creditreform-Schätzung; ( ) = 2003; \*\*) inkl. West-Berlin

***Nur wenige Eintragungen im  
Handelsregister***

Der unterdurchschnittliche Zuwachs bei den Handelsregisterneueintragungen und der – immer gegenüber den Gewerbergistereintragen gesehen – überdurchschnittliche Abgang bei den – vornehmlich – Kapitalgesellschaften, gibt schon einen Fingerzeig darauf, was sich hinter den rasanten Steigerungen beim Gründungsgeschehen in den letzten beiden Jahren verbirgt: die Vielzahl der Ich-AG-Gründungen. 2003 und 2004 wurde ein Saldo aus An- und Abmeldungen von 166.000 bzw. 262.000 Veränderungen registriert. Zahlen, die ein wenig an das forcierte Gründungsgeschehen nach der Wende zu Anfang der neunziger Jahre in den neuen Bundesländern erinnern.

**Tab. 26: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2004 \*) in Deutschland**

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1999	781.000	707.000	74.000
2000	755.000	663.000	92.000
2001	729.000	645.000	84.000
2002	723.000	646.000	77.000
2003	809.000	643.000	166.000
2004 *)	928.000	666.000	262.000

\*) von Creditreform geschätzt

Aus den historischen Gegenüberstellungen von Neuzugängen und Löschungen sind zunächst noch – wie oben im Zusammenhang mit der Gründungsbilanz bereits ausgeführt – bloße Sitzverlegungen oder Änderungen in der Firmierung abzuziehen. Auf Basis langjähriger Beobachtung der offiziellen Gewerbestatistik

lässt sich sowohl bei den Neueintragungen als auch bei den Abgängen ein Anteil von rund 20 Prozent abziehen. Damit stehen sich 2004 etwa 742.000 echte Neuerrichtungen und rund 533.000 Aufgaben einer selbstständigen wirtschaftlichen Tätigkeit gegenüber.

Nach diesen statistischen Bereinigungen stellt sich die Frage nach der Wirtschaftsaktivität neugegründeter bzw. gelöschter Unternehmen. „Unbestritten ist, dass Gründungen Beiträge für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Strukturwandel und technologische Erneuerung einer Volkswirtschaft erbringen können“ (MittelstandsMonitor 2003). Eine solche Hoffnung realisiert sich aber nur, wenn die Gründungen tatsächlich mit der Aufnahme wirtschaftlicher Aktivitäten einhergehen. Dabei muss es sich nicht einmal um eine Existenzgründung handeln, auch selbstständige Nebenerwerbstätigkeiten, die sich in den Registern als „Unternehmensgründung“ niederschlagen, können solche Effekte zeitigen. Auf der anderen Seite bringt die selbstständige Tätigkeit einige Vorteile mit sich, die zu Mitnahmeeffekten führen. Das können handfeste steuerliche Optionen sein, die auf dem Wege der Unternehmensgründung realisiert werden; es können aber auch immaterielle Aspekte sein, die etwa im Gewinn von sozialem Status liegen.

### ***Eintragung oder Unternehmen?***

Zur Entscheidung der Frage, ob es sich bei einer Gründung – zumindest nach einiger Zeit – um ein wirtschaftsaktives Unternehmen handelt, wird hier darauf abgestellt, ob eine Wirtschaftsauskunft über die betroffene Gründung eingeholt worden ist – sei es von einem Finanzierungsinstitut, sei es von einem Lieferanten – oder, ob Arbeitsplätze geschaffen wurden. Eines dieser Kriterien erfüllen rund 165.000 Neueintragungen in Gesamtdeutschland. Im Westen sind es 135.000 wirtschaftsaktive Unternehmen, in Ostdeutschland rund 30.000. Insgesamt waren im Jahr 2003 etwa 154.000 wirtschaftsaktive Neugründungen zu zählen – ein Zuwachs von rund 7,1 Prozent im Jahr 2004. Dabei liegt im langjährigen Mittel der Anteil von Gründungen, denen „eine größere wirtschaftliche Bedeutung zukommt“ (Statistisches Bundesamt), bei rund 20 Prozent der Neueintragungen eines Jahrgangs.

## **Drang zur Dienstleistung**

Verteilt auf die Hauptwirtschaftsbereiche geht der größte Teil wirtschaftsaktiver Neugründungen auf das Konto des Sektors Handel und Dienstleistungen. 143.500 neugeschaffene Unternehmenseinheiten (87 Prozent) verteilen sich auf den Tertiärsektor. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen leichten Zugang von zwei Prozentpunkten. Auf der anderen Seite haben die Neugründungen aus dem Baugewerbe (14.900), wie auch die aktiven Gründer im Verarbeitenden Gewerbe, leicht abgenommen: Im Bau ist der Anteil am Gesamtaufkommen um einen Prozentpunkt von zehn auf neun Prozent gefallen; im Verarbeitenden Gewerbe um einen Prozentpunkt von fünf auf vier Prozent (Baugewerbe: 14.900; Verarbeitendes Gewerbe: 6.600).

**Tab. 27: Wirtschaftsaktive Neugründungen in Deutschland im Jahr 2004**

■	Wirtschaftsaktive Neugründungen	
	absolut	Anteil in Prozent
Verarbeitendes Gewerbe	6.600	4,0
Baugewerbe	14.900	9,0
Handel	51.200	31,0
Dienstleistungen	92.300	56,0
<b>Gesamt</b>	<b>165.000</b>	<b>100,0</b>

\*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Angemerkt sei in diesem Zusammenhang, dass – nach dem Motto: „und was kommt per Saldo beim Gründungsgeschehen eines Jahres heraus?“ – vielfach der Saldo aus Neugründungen und Löschungen mit den wirtschaftsaktiven Unternehmen als Teil des Gesamtgründungsaufkommens verwechselt wird. Hinzuzufügen bleibt weiterhin, dass auch wirtschaftsaktive Unternehmen ihre Tätigkeit einstellen können, ohne dass sie dann gleich aus den Registern gelöscht werden, wie auch, dass „schlafende Registrierungen“ zu wirtschaftsaktivem Leben erwachen können.

Kein Zweifel: Die markante Zunahme beim Gründungsgeschehen hat ihren Grund in der Förderung der Arbeitslosen auf dem Weg zur Selbstständigkeit. Dies geschieht zum einen durch die Zahlung von Überbrü-

ckungsgeld, zum anderen durch die Schaffung der Ich-AG. Mit dem Überbrückungsgeld soll in der Gründungsphase der Lebensunterhalt des „Entrepreneurs“ gesichert werden. Die Ich-AG zielt ganz bewusst auf eine „kleine Existenzgründung“, weil ein Jahreseinkommen von 25.000 Euro nicht überschritten werden darf. Insgesamt erhalten die Gründer maximal 14.000 Euro, die über drei Jahre degressiv ausgezahlt werden. Voraussetzung für die Förderung ist der Bezug von Arbeitsagenturleistungen und die Anmeldung eines Gewerbes. Leider lassen sich die Ich-AG's – anders als der Name suggeriert – nicht, etwa über die Rechtsform, aus der Gewerbestatistik isolieren. Zur Verfolgung des Gründungsgeschehens müssen die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit reichen. Nach den Angaben der Nürnberger Behörde ist die Zahl der bewilligten Anträge für 2003 mit 92.800 zu beziffern. In den Monaten Januar bis September 2004 liegen 113.300 neue Ich-AG's vor. Hinzu kommen die Anträge auf Überbrückungsgeld, die im vergangenen Jahr um etwa 30 Prozent auf 157.000 gestiegen waren (2001: erst 95.500 Zusagen). Bis zur Jahresmitte 2004 mussten rund 25.000 Ich-AG's die Segel wieder streichen.

### ***Lieber Ich-AG als arbeitslos***

Die Ich-AG hat viel Kritik auf sich gezogen. Der DIHK hat eine Gründerstudie vorgelegt, nach der Selbstständigkeit eher dem „Push-Effekt“ der Arbeitslosigkeit als dem „Pull-Effekt“ unternehmerischer Tätigkeit zu verdanken ist. So sprechen 19 Prozent der in der DIHK-Gründungsberatung Befragten davon, dass es ihnen bei der Selbstständigkeit um die staatlich geförderten Gelder der Ich-AG ginge. Insgesamt geben mehr als die Hälfte der von den IHK Befragten an, das Motiv ihrer Selbstständigkeit sei der Wunsch, der Arbeitslosigkeit zu entkommen. 44 Prozent suchen die unternehmerische Herausforderung.

Der KfW-Gründungsmonitor weist bei den Gründen für den Abbruch einer Gründung darauf hin, dass 26 Prozent der Abbrecher dies aufgrund der schlechten konjunkturellen Lage tun. Es folgen auf den Plätzen der Gründe für das Aufgeben die Probleme um die mangelnde Nachfrage (20 Prozent) und gleichauf der

## **Echte Gründer finden**

Nichterhalt notwendiger Finanzierungen sowie ein zu großes finanzielles Risiko (16 Prozent). Nach diesen Aussagen müsste die Zahl der Neugründungen zurückgehen: Die konjunkturelle Lage und Nachfrage gerade in den von Gründern bevorzugten Bereichen Einzelhandel und konsumnahe Dienstleistungen ist deutlich rückläufig. Hinzu kommen die Probleme um die Finanzierung gerade kleiner und mittlerer Unternehmen, deren Engagement deutlich nachgelassen hat (siehe hierzu auch die Gründe von Insolvenzen). Insgesamt also Aspekte, welche die Motivation für Gründer und schließlich auch das tatsächliche Gründungsgeschehen negativ beeinflussen müssten. So liegt es tatsächlich nahe, in den Optionen, welche die staatliche Förderung zur Verfügung stellt, ein Angebot für Mitnahmeeffekte zu sehen. Das ZEW schreibt in seinem jüngsten Gründungsreport vom November 2004: „Ob Ich-AG-Gründungen und Überbrückungsgeld den Unternehmensbestand tatsächlich nachhaltig erhöhen, wird sich erst in einigen Jahren zeigen, wenn die arbeitsmarktpolitische Förderung für die im Jahre 2003 gegründeten Ich-AG's auslaufen.“ Um nicht ernsthafte Gründer von den Förderungsmöglichkeiten der Ich-AG auszuschließen, muss ab Januar 2005 ein schlüssiges Geschäftskonzept vorgelegt werden. Es wird weiterhin überlegt, ob die Gelder für die Ich-AG nicht von einer Pflicht- in eine Kann-Leistung umgewandelt werden sollen.

## **2.2 Parameter des Gründungsgeschehens**

Einen differenzierten Blick auf die einzelnen Branchen innerhalb des gesamten Neugründungsgeschehens erlauben die Handelsregisterneueintragungen. Im Jahre 2004 zählen 70,8 Prozent der Eintragungen zum Dienstleistungsbereich. Gut 61 Prozent sind unternehmensnahe Dienstleister. Weitere 20,3 Prozent gehören zum Groß- und Einzelhandel (einschließlich Kfz-Handel). Nur 3,8 Prozent der handelsregisterlich eingetragenen Neueintragungen kommen aus dem Baugewerbe, 5,1 Prozent entspringen dem Verarbeitenden Gewerbe.

**Tab. 28: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen 2004**

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Gesamtdeutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei u. Fischzucht, Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	29	0,03	24	0,14	53	0,05
Verarbeitendes Gewerbe	3.239	3,78	705	4,20	3.944	3,85
Energie u. Wasser - Versorgung	972	1,13	223	1,33	1.195	1,17
Baugewerbe	2.932	3,42	990	5,90	3.922	3,83
Kfz-Handel	1.654	1,93	311	1,85	1.965	1,92
Groß- u. Einzelhandel	15.820	18,46	3.015	17,98	18.835	18,38
Gastgewerbe	1.500	1,75	324	1,93	1.824	1,78
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	2.309	2,69	310	1,85	2.619	2,56
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	324	0,38	44	0,26	368	0,36
Grundstücks- u. Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen	1.635	1,91	326	1,94	1.961	1,91
Datenverarbeitung u. Datenbanken	1.693	1,98	230	1,37	1.923	1,88
Forschung u. Entwicklung	20	0,02	12	0,07	32	0,03
unternehmensnahe Dienstleistungen	52.148	60,86	9.949	59,32	62.097	60,61
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	1.408	1,64	308	1,84	1.716	1,67
<b>Summe</b>	<b>85.683</b>	<b>99,98</b>	<b>16.771</b>	<b>99,98</b>	<b>102.454</b>	<b>100,00</b>

Insgesamt kommt den Hightech-Gründungen besondere Bedeutung zu, wenn es um die Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen bzw. neuer Technologien und hochqualifizierten Human-Kapitals geht (MittelstandsMonitor 2003). Entsprechend sehen die gesondert ausgewiesenen Zahlen zu den Gründungen in den Bereichen „Forschung und Entwicklung“ oder „Datenverarbeitung und Datenbanken“ relativ dürftig aus. Insgesamt entstammen nur 2.000 der rund 73.000 neuen Dienstleister diesen so entscheidenden Branchen.

## Impulse für den Arbeitsmarkt

Neugründungen werden nicht nur gefördert, um die Arbeitslosigkeit beim Existenzgründer zu beenden – tatsächlich erhofft man sich von einer erfolgreichen unternehmerischen Tätigkeit die Schaffung weiterer Arbeitsplätze. Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit schaffen Gründungen, die aus einem Bundesprogramm (einschließlich der Programme für Klein Gründungen) für geförderte Existenzgründungen agieren, zwischen drei und vier Arbeitsplätze. Die hier vorliegenden Statistiken, die sich auf die wirtschaftsaktiven Neugründer 2004 beziehen, weisen im Durchschnitt nur 1,5 Beschäftigte aus. Gegenüber dem Vorjahr mit 324.000 neugeschaffenen Arbeitsplätzen ist dies ein deutlicher Rückgang, denn nur 251.000 Arbeitsplätze werden 2004 geschaffen. Begründet liegt dies bei den Dienstleistern. Sie haben zwar deutlich um 10.000 Unternehmenseinheiten binnen Jahresfrist zugenommen; ihr Beschäftigungswille ist allerdings zurückgegangen. Beschäftigten sie bei Gründung im Vorjahr noch zwei Mitarbeiter, so ist es in diesem Jahr nur noch ein Mitarbeiter. Rückläufige Gründungsbeschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe gehen wohl auf Kosten des Handwerks. Das Handwerk ist – wenn überhaupt gründungswillig – nicht sehr beschäftigungsaktiv geworden.

**Tab. 29: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Betriebe 2004 in Deutschland**

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	4 x 6.600	26.400
Baugewerbe	2 x 14.900	29.800
Handel	2 x 51.200	102.400
Dienstleistungen	1 x 92.300	92.300
Gesamt	165.000	250.900

\*) gerundet

Welche Rolle Businesspläne für die Solidität der Gründung und eben auch die Schaffung von Arbeitsplätzen spielen können, zeigt Deutschlands größter Existenzgründungswettbewerb „StartUp“, dessen zehn Bundesieger im Schnitt 14,2 Vollzeitmitarbeiter beschäfti-

gen konnten. Immerhin schufen die Wettbewerbsteilnehmer durchschnittlich 7,6 Vollzeit Arbeitsplätze.

Insgesamt stagniert das Gründungsgeschehen, wie es sich in den Handelsregistern darstellt (2003: 102.554; 2004: 102.454). Nach wie vor wird das Gründungsgeschehen von den wirtschaftsstarken westlichen Flächenländern Nordrhein-Westfalen (24.400), Bayern (17.000) und Baden-Württemberg (11.400) dominiert. Diese Bundesländer unterliegen natürlich auch am meisten der schumpeterschen Turbulenz. So haben sich in Nordrhein-Westfalen mehr als 16.000, in Bayern 8.500 und in Baden-Württemberg 6.500 Betriebe aus den Handelsregistern löschen lassen.

### *Alte Sieger*

**Tab. 30: Unternehmensneueintragungen und -lösungen nach Bundesländern 2004**

■	Neueintragungen		Löschungen	Saldo
	absolut	Veränderung zu 2003		
Baden-Württemberg	11.399	+ 4,9%	6.487	4.912
Bayern	17.034	+ 0,6%	8.544	8.490
Berlin	5.150	+ 1,1%	4.918	232
Brandenburg	2.483	- 4,2%	1.793	690
Bremen	1.318	+ 7,7%	1.038	280
Hamburg	4.867	+/- 0,0%	2.922	1.945
Hessen	9.124	- 1,0%	5.944	3.180
Mecklenburg-Vorp.	1.698	+ 17,1%	1.084	614
Niedersachsen	9.029	- 1,2%	4.604	4.425
Nordrhein-Westfalen	24.355	- 0,3%	16.111	8.244
Rheinland-Pfalz	3.686	- 7,6%	2.393	1.293
Saarland	929	- 13,3%	858	71
Sachsen	3.296	- 2,9%	3.908	- 612
Sachsen-Anhalt	2.366	+ 17,7%	1.903	463
Schleswig-Holstein	3.942	- 10,8%	2.117	1.825
Thüringen	1.778	- 5,0%	1.419	359
<b>Gesamt</b>	<b>102.454</b>	<b>- 0,1%</b>	<b>66.043</b>	<b>36.411</b>

Bemerkenswert sind die hohen Zugänge beim Gründungsgeschehen in Sachsen-Anhalt (plus 17,7 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (plus 17,1 Prozent). Zu fragen bleibt auch hier wieder, ob nicht vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosenzahlen die Motiva-

tion, einer wirtschaftlichen Notlage zu entgehen, eine große Rolle gespielt hat. Tatsächlich ist bei allen Gründen, die für eine Förderkultur und eine Hinwendung zu mehr Selbstständigkeit in Deutschland sprechen, zu beachten, dass dieser Weg nicht über eine – unter anderen Vorzeichen zu sehende – „Scheinselbstständigkeit“ führt. Ein „Schattenunternehmertum“, das sich von staatlicher Förderung ernährt, würde das ursprüngliche Anliegen zu mehr Selbstständigkeit, Wettbewerb und Wirtschaftskraft konterkarieren.

### ■ 3 Zusammenfassung

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen beläuft sich für das Jahr 2004 auf 39.600 Fälle und liegt damit 0,3 Prozent höher als noch vor einem Jahr (39.470). Eine Tendenz rückläufiger Insolvenzentwicklung, die sich zum Halbjahr noch abzeichnete, setzte sich nicht durch.

Insgesamt steigt das Insolvenzaufkommen auf 115.700 Fälle und legt deutlich um 15,3 Prozent zu. Die Zahl der Insolvenzen von Privatpersonen liegt zum dritten Mal in Folge über den Unternehmensinsolvenzen: 76.100 vornehmlich Verbraucher und ehemalige Selbstständige treten 2004 den Gang zum Insolvenzgericht an, um die Restschuldbefreiung zu erlangen. Im letzten Jahr waren es 60.880.

Der erneute Anstieg der Unternehmensinsolvenzen wird ausschließlich von Westdeutschland getragen: Hier legten die Firmenzusammenbrüche um 1,9 Prozent auf 30.200 Fälle zu, während sich in Ostdeutschland die bereits 2003 eingesetzte rückläufige Entwicklung weiter fortsetzte: 2004 meldeten 9.400 ostdeutsche Unternehmen Konkurs an, im Jahr davor waren es noch 9.820, was einem Rückgang von 4,3 Prozent entspricht. Die Zahl der Gesamtinsolvenzen beläuft sich für Westdeutschland auf 88.500 Fälle (plus 15,7 Prozent) und für Ostdeutschland auf 27.200 Fälle, was einem Zuwachs von 14,1 Prozent entspricht (Vorjahr: 23.830). Die Insolvenzen von Verbrauchern stiegen in Ostdeutschland stärker an als in Westdeutschland: In den neuen Bundesländern streben 8.600 Verbraucher

die Restschuldbefreiung an, was einem Zuwachs von 49,0 Prozent entspricht (Vorjahr: 5.770). In den alten Bundesländern sind es 37.300 – 34,5 Prozent oder 9.560 Verbraucher mehr als 2003.

Die Schäden, die Insolvenzen in der Volkswirtschaft verursachen, belaufen sich für das Jahr 2004 auf 39,4 Milliarden Euro. Der Öffentlichen Hand fehlen 11,9 Milliarden Euro, private Gläubiger bleiben auf insgesamt 27,5 Milliarden Euro sitzen. Die Zahl der von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffenen Arbeitnehmer beträgt für das Jahr 2004 605.000 und ist damit erstmals seit dem Jahr 2000 wieder rückläufig (minus 1,3 Prozent).

Die Konjunkturlokomotive des ersten halben Jahres 2004 war das Verarbeitende Gewerbe. Die positive Entwicklung dieses Hauptwirtschaftsbereiches spiegelt sich auch in der Insolvenzentwicklung wider: Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnet einen Rückgang der Insolvenzen um 8,6 Prozentpunkte auf 3.300 betroffene Betriebe. Ebenfalls rückläufig sind die Insolvenzen im Bausektor: 8.010 Betriebe treten 2004 den Gang zum Insolvenzgericht an, 1,8 Prozentpunkte weniger als noch vor einem Jahr. Dennoch ist die relative Insolvenzbetroffenheit (Insolvenzen pro 10.000 existenten Unternehmen) des Bausektors die höchste aller Hauptwirtschaftsbereiche: Von 10.000 existierenden Unternehmen gehen 251 in Konkurs, die Gesamtquote aller Branchen liegt bei lediglich 135 Insolvenzen. Zugenommen haben die Insolvenzen bei den Betrieben aus dem Handel (plus 0,5 Prozent) und der Dienstleistungsbranche (plus 2,9 Prozent).

Den größten Anteil am Insolvenzaufkommen haben Unternehmen mit einer Umsatzgrößenklasse zwischen 500.000 und 5 Millionen Euro. 34,7 Prozent aller Zusammenbrüche kommen aus dieser Umsatzgrößenklasse. Die kleinen Betriebe, die weniger als 100.000 Euro Umsatz erwirtschaften, machen 18,4 Prozent des Insolvenzgeschehens aus und steigerten damit ihren Anteil um 1,8 Prozentpunkte. 14,2 (Vorjahr: 14,0 Prozent) der insolventen Betriebe waren nicht älter als zwei Jahre. Im dritten und vierten Jahr ihrer Existenz

scheiterten 17,5 Prozent der Unternehmen. 2003 waren es noch 18,5 Prozent. Ein Drittel (33,8 Prozent; 2003: 33,1 Prozent) der Insolvenzen schließlich trifft Betriebe, die schon zehn Jahre und länger am Markt tätig sind. Insbesondere Betriebe mit bis zu fünf Beschäftigten sind insolvenzgefährdet: 73,6 Prozent (Vorjahr: 70,2 Prozent) der Konkurse kommen aus dieser Beschäftigtengrößenklasse. Bezogen auf die Rechtsform schlittern vor allem Freiberufler und kleine Gewerbebetriebe in die Insolvenz (48,5 Prozent; 2003: 45,8 Prozent), aber auch die GmbH ist krisenanfällig: 39,8 Prozent (41,9 Prozent) aller Insolvenzen waren in dieser Rechtsform organisiert.

Die Zahl der mangels Masse abgewiesenen Insolvenzen nimmt seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahre 1999 stetig ab: Mittlerweile werden 61,6 Prozent aller Verfahren in Westdeutschland und 55,3 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland eröffnet.

Die Gründe, die ein Unternehmen in die Knie zwingen, lassen sich grob in zwei Hauptursachen unterteilen: interne und externe Gründe. Externe Gründe liegen außerhalb des Einflussbereiches von Unternehmen. Dazu gehören die Branchenkonjunktur oder die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Interne Ursachen lassen sich grob in Managementfehler und Finanzierungsschwierigkeiten unterteilen. In den Finanzierungsbereich fällt auch die ungenügende Eigenkapitalausstattung vieler mittelständischer Unternehmen. Lediglich 19,9 Prozent (Vorjahr: 18,3 Prozent) der Betriebe verfügen über eine stabile Eigenkapitaldecke von mehr als 30 Prozent im Verhältnis zu Bilanzsumme. Dagegen haben 36,0 Prozent (2003: 35,7 Prozent) weniger als 10 Prozent haftendes Eigenkapital zur Verfügung und sind damit unterkapitalisiert.

Die zehn größten Unternehmensinsolvenzen sind bislang die Kögel Fahrzeugwerke AG, die Garant Schuh und Mode AG mit Salamander, die BHG Color Print GmbH & Co. KG, die Textilhändler Hettlage KgaA und die Kenvelo AG, die Hukla-Werke GmbH aus Norderstedt, die Gebäudereinigungsfirma Günter Kubbe

GmbH & Co., der Fahrzeugteilezulieferbetrieb IBS Brocke, die Girmes GmbH und schließlich die Fassadenbauunternehmung Mero GmbH & Co. KG aus Würzburg.

Die Neueintragungen in den deutschen Gewerbergistern haben 2004 um 14,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Waren es 2003 zum Jahresende 809.000 Gewerbeeintragungen, so sind zum Ende des Jahres 2004 928.000 Registrierungen erfolgt. Von diesen Eintragungen betreffen 103.000 (Vorjahr: 102.000) Handelsregistereintragungen. In den alten Bundesländern ist eine Steigerung bei den Neueintragungen von 15,4 Prozent (2004: 748.000; 2003: 648.000) erreicht worden. In den neuen Ländern legte man von 161.000 Einheiten auf 180.000 binnen Jahresfrist zu (plus 11,8 Prozent).

Nur leichte Steigerungen weisen die Abmeldungen auf: Von 643.000 Löschungen in den Gewerbergistern im Jahre 2003 ist mit einer Steigerung von 3,6 Prozent auf 666.000 Abmeldungen 2004 zu rechnen. Eine deutlichere Steigerung der Abmeldungen erfolgte in den Handelsregistern: Hier haben sich 2004 66.000 Betriebe abgemeldet – 2003 waren es 58.000.

Insgesamt ist in Deutschland ein Saldo von 262.000 Neueintragungen in den Gewerbergistern festzuhalten (Vorjahr: 166.000; Steigerung: 57,8 Prozent).

2004 sind es 165.000 wirtschaftsaktive Unternehmen unter den über 900.000 Anmeldungen. Das Schwerkraft der wirtschaftsaktiven Gründungen liegt im Tertiärsektor – 56 Prozent der Neugründer sind Dienstleister, weitere 31 Prozent gehören zum Handel. Das Baugewerbe (9 Prozent) bzw. das Verarbeitende Gewerbe (4 Prozent) kommen nur auf wenige aktive Neueintragungen.

Bei den Neueintragungen ins Handelsregister führen weiterhin die großen Flächenstaaten Nordrhein-Westfalen (24.400), Bayern (17.000) und Baden-Württemberg (11.400). Auffallend sind die großen Zunahmen bei den Bundesländern Sachsen-Anhalt (17,7

Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (17,1 Prozent). Auch hier bleibt zu fragen, ob die Förderkultur in Deutschland nicht ein Schattenunternehmertum schafft, das in einer Marktwirtschaft auf längere Sicht wenig Bestand hat.

Auch die (stabileren) Handelsregister verzeichnen den Trend zu mehr Dienstleistern. So sind von den 103.000 HR-Eintragungen alleine rund 73.000 Dienstleister – weitere 21.000 Eintragungen gehören zum Handel.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung  
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171  
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2004, Verband der Vereine Creditreform e.V.,  
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

*Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.*

Neuss, 30. November 2004